



HESSISCHER LANDTAG

19. 06. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

**Trauer um Dr. Walter Lübcke – feigen Mord konsequent aufklären – unsere
Demokratie entschlossen verteidigen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag trauert um Dr. Walter Lübcke. Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gelten seiner Familie. Wir appellieren an alle, den Respekt und würdigen Umgang gegenüber dem Opfer und seinen Angehörigen zu wahren. In einer solchen Situation gilt es, sich über Partei-, Fraktions- und gesellschaftliche Grenzen hinweg an die Seite des Opfers und der Betroffenen zu stellen. Ton und Inhalt der Debatte müssen der Sensibilität der Situation angemessen sein.
2. Walter Lübcke trat als Abgeordneter des Hessischen Landtags wie als Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel entschieden für das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt der Gesellschaft ein und zeigte Gesicht. Er scheute den demokratisch und fair ausgetragenen Konflikt nicht. Der Landtag stellt fest, dass in diesem Land jeder Mensch, auch wenn er eine politische Funktion hat, frei seine Meinung äußern können muss, ohne Sorge haben zu müssen, dass er in der Folge Angriffen von Extremisten ausgesetzt ist.
3. Der Landtag ist überzeugt, dass die zuständigen Ermittlungsbehörden weiterhin alles tun, um die Tat vollständig aufzuklären. Die hessischen Sicherheitsbehörden und alle beteiligten Behörden arbeiten gemeinsam und unermüdlich an der Aufklärung des Falles. Im Zuge der Übernahme der Ermittlung durch den Generalbundesanwalt unterstützen alle hessischen Kräfte die dortige, umfassende Ermittlung. Allein das Hessische Landeskriminalamt arbeitet mit rund 60 Ermittlern und einer Vielzahl an Spezialisten an der Ermittlung.
4. Der Landtag sieht es als Aufgabe der Sicherheitsbehörden von Bund und Land an, weiterhin auch in Richtung rechtsextremer oder rechtsterroristischer Strukturen zu ermitteln. Entsprechenden Hinweisen muss konsequent nachgegangen werden. Reine Spekulationen ohne Substanz helfen für die Ermittlungen hingegen nicht. Der Landtag betont, dass den Sicherheitsbehörden die Gefahr rechtsextremer Gewalt sehr bewusst ist und im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht.
5. Der Landtag ist schockiert, dass der Generalbundesanwalt nach derzeitigem Stand der Ermittlungen von einem Mord mit rechtsextremem Hintergrund ausgeht. Sollte sich dies bestätigen, wäre dies der erste rechtsextremistisch motivierte Mord an einem deutschen Politiker seit der Weimarer Republik und nach den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ein weiterer politischer Mord mit rechtsextremem Hintergrund.
6. Die Möglichkeit eines politischen Mordes ist eine Zäsur und eine neue Dimension rechter Gewalt und politischer Radikalisierung. Sie bedarf einer klaren Antwort aller Demokratinnen und Demokraten: Gewalt darf niemals ein Mittel der Politik sein. Rechtsextremes Denken führt zu rechtsextremen Worten. Aus rechtsextremen Worten können rechtsextreme Taten werden. Dem treten wir gemeinsam von Anfang an konsequent entgegen. Der Landtag wird alles in seiner Macht Stehende unternehmen, weiterhin die Freiheit und eine sichere und offene Gesellschaft zu bewahren.
7. Der Landtag verurteilt die widerlichen und menschenverachtenden Kommentare in den sozialen Medien, denen sich Walter Lübcke seit Jahren ausgesetzt sah und die sich selbst

nach seinem Tod fortsetzen. Es ist unfassbar, welche Verrohung, Verantwortungslosigkeit und Menschenverachtung hierin zum Ausdruck kommt. Dieser Entwicklung muss sich die Gesellschaft der Demokratinnen und Demokraten klar entgegenstellen. Der Aufruf zum Hass und zur Gewalt darf nicht unwidersprochen bleiben.

8. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass Hass-Kommentare und die Verrohung der politischen Kultur von der gesamten Gesellschaft konsequent geächtet werden. Den Feinden unserer Demokratie, den Feinden unseres Rechtsstaats und den Feinden unserer Freiheit und unseres friedlichen und respektvollen Zusammenlebens müssen wir alle gemeinsam konsequent entgegenreten. Unsere Demokratie lebt von den vielen Menschen, die sie konsequent und entschlossen verteidigen.

Wiesbaden, 19. Juni 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion der SPD
Der Parl. Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Für die Fraktion der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock